

Resolution | Veränderung braucht den Dialog Aufruf für den Schutz und die Förderung der Kulturellen Vielfalt in Deutschland

Die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP sowie die mit den Verhandlungen zu TiSA beabsichtigte Privatisierung sämtlicher öffentlicher Dienstleistungen gefährden unsere Kulturelle Vielfalt. Wenn die öffentliche Förderung von Bildung und Kultur nicht mehr möglich ist, weil sie in einem liberalisierten Markt eine „Wettbewerbsverzerrung“ darstellt, dann wird an einem Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung gesägt. Die gesellschaftliche Übereinkunft, dass Bildung und Kultur überwiegend eine öffentliche Aufgabe, in öffentlicher Verantwortung und damit in überwiegend öffentlicher Finanzierung ist, wird durch die von der Europäischen Union angestrebte Marktliberalisierung aufgelöst.

Die Orchester, Chöre und Ensembles unterschiedlicher Stilrichtungen und Besetzungen aus dem professionellen Musikleben wie dem Laienmusizieren und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sind unverzichtbare Exponenten unserer Kulturellen Vielfalt.

Wir, die über 100 Dachverbände des Musiklebens im Deutschen Musikrat, die zusammen die Interessen von rund 8 Millionen Menschen repräsentieren, warnen vor einer Entwurzelung kultureller Identitäten und einem Zurückdrängen der Daseinsvorsorge, wie es bei der Umsetzung der Freihandelsabkommen und insbesondere von TiSA vorhersehbar wäre. Unsere Kritik richtet sich nicht an die USA, die selbstverständlich ihr eigenes Verständnis von Kulturleben und Kommunikationsformen mit der Zivilgesellschaft haben. Wir kritisieren den Europäischen Rat und die Europäische Kommission für eine beispiellose Intransparenz in entscheidenden Zukunftsfragen für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger. Wir kritisieren gemeinsam mit vielen Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Gefährdung der Kulturellen Vielfalt durch die marktradikalen Liberalisierungsbestrebungen der Europäischen Kommission.

Deshalb fordern wir Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel auf:

1. das Verhandlungsmandat der Europäischen Union zu TiSA offenzulegen und den kompletten Verhandlungsstand zu TTIP öffentlich zugänglich zu machen,
2. den Dialog mit und die Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft, z.B. über Anhörungen, zu befördern,
3. die Verhandlungen zu TTIP und TiSA so lange zu stoppen, bis eine voll umfängliche Information der Bürgerinnen und Bürger erfolgt ist,
4. die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt konsequent in allen relevanten Bereichen künftiger Vertragswerke zu implementieren; eine Absichtserklärung in der Präambel reicht nicht aus,
5. eine Schutzklausel für Kultur, Bildung und Wissenschaft in allen Verträgen (nach) zu verhandeln, die die Freiheit der Künste, den Schutz der Urheber sowie die adäquate Ausstattung der Hochschulen, Universitäten, Schulen und Musikschulen sicherstellt; dazu braucht es verbindliche Positivlisten,

6. die sozialen Sicherungssysteme für im Musikbereich Tätige zu erhalten und weiterzuentwickeln,
7. die Beteiligung von Bundestag und Bundesrat im Sinne gemischter Abkommen sicherzustellen,
8. Investor-Staat-Schiedsverfahren nicht zuzulassen,
9. die indirekten Förderungen der Kulturwirtschaft zu erhalten,
10. Förderinstrumente zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Deregulierung der Märkte muss dort enden, wo gemeinwohlorientierte Aufgaben berührt werden. Europa sollte in erster Linie eine Wertegemeinschaft sein. Dazu tragen unser kulturelles Erbe, die aktuellen künstlerischen Ausdrucksformen und andere Herkunftskulturen im Sinne interkultureller Begegnungen ganz wesentlich bei.

Berlin, 18. Oktober 2014